Rheinfelden Baden

Beschlussvorlage

Bereich | Amt	Vorlagen-Nr.	Anlagedatum
Stabsstelle Integration und Flüchtlinge	02/01/2019	08.03.2019
Verfasser/in	**Aktenzeichen**	
Rago, Dario	50.63.13	

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Sozialausschuss	25.03.2019	Ö	Vorberatung
Gemeinderat	11.04.2019	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Anfrage zum Beitritt der Stadt Rheinfelden zur Kampagne "Seebrücke - Schafft sichere Häfen"

Beschlussvorschlag

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat:

1. Hintergrund und Ziele der Kampagne "Seebrücke - Schafft sichere Häfen" werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Rheinfelden leistet seit Jahren intensive, hochengagierte Integrationsarbeit und wird auch in Zukunft durch konkrete Integrationsmaßnahmen dazu beitragen, Geflüchtete in die kommunale Bürgerschaft zu integrieren.
3. Die Stadtverwaltung sieht die existentielle Not der in Seenot geratenen Geflüchteten und appelliert an die Verantwortlichen eine europäische Lösung zu finden.
4. Die Stadt Rheinfelden sieht darüber hinaus keine Notwendigkeit der Kampagne beizutreten.

Anlagen

Interne Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1 Der Beschlussvorschlag hat <u>unmittelbar</u> finanzielle Auswirkungen

☐ ja, in Höhe von Betrag Euro ☒ nein

1.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

☐ ja, in Höhe von jährlich Betrag Euro ☒ nein

<u>Erläuterung:</u>

1.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung

im laufenden Haushaltsjahr

☐ ja ☒ nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

☐ ja ☒ nein

unter

Kostenstelle Name der Kostenstelle

1.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

☐ ja ☒ nein

<u>Erläuterung:</u>

2. Personelle Auswirkungen

☐ ja ☒ nein

Erläuterung

3. Nachhaltigkeits-Check

☐ ja, vergleiche Anlage ☒ nicht erforderlich

Erläuterungen

Der Freundeskreis Asyl Rheinfelden hat in der Gemeinderatssitzung vom 24.01.2019 eine schriftliche Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt, wonach Rheinfelden zu einem „sicheren Hafen“ erklärt werden soll. Die Verwaltung hat sich intensiv informiert und mit dem Konzept auseinandergesetzt. Jenes Konzept der Kampagne „Seenotbrücke – Schafft sichere Häfen“ wird im Folgenden in Bezug auf dessen Hintergrund und Ziele näher erläutert.

Hintergrund

Die Idee deutsche Städte zu einem „sicheren Hafen“ zu erklären, stammt aus der Feder eines in Berlin ansässigen Vereins mit dem Namen „Mensch Mensch Mensch e.V.": Dieser forcierte die Kampagne „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“, welche sich als internationale Bewegung versteht, die auf „[…] eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind [hinwirkt]“ (Mensch Mensch Mensch e.V. 2019). Der Verein setzt sich in diversen Initiativen für Flüchtlingshilfe und Völkerverständigung ein und hat das Ziel mit seinem Wirken möglichst viele Menschen zu einem gemeinnützigen Engagement zu bewegen (vgl. ebd.). Als Auslöser für die Gründung der Initiative "Seebrücke" wird der medial sehr stark rezipierte Umgang mit dem privaten Seenotrettungsschiff "Lifeline" im Juni 2018 genannt: Das Schiff musste mehrere Tage auf hoher See verbleiben, da kein europäischer Hafen das Anlegen zugelassen hatte (vgl. Seebrücke 2019).

Ziele der "Seebrücke"

Die "Seebrücke" ist eine Kampagne, welche zunächst darauf abzielt, eine breite Öffentlichkeit zum Protest gegen die Verhältnisse der Aufnahme und Seenotrettung von Geflüchteten im Mittelmeerraum zu bewegen (vgl. ebd.). Über die Homepage der Kampagne werden potenziellen Mitstreiterinnen und Mitstreitern diverse Infomaterialien zum Start einer eigenen Aktion vor Ort sowie Argumentationshilfen für die Verteidigung des Anliegens zur Verfügung gestellt (vgl. ebd.). Doch geht es den Initiatorinnen und Initiatoren der Kampagne nicht allein darum, eine breite Öffentlichkeit für die Situation von Geflüchteten im Mittelmeerraum zu sensibilisieren und damit einen Protest gegen die dortigen Zustände zu organisieren. Vielmehr wird angestrebt, die deutsche und europäische Politik dahingehend zu bewegen, dass es zu einer Ausweitung und Entkriminalisierung der (privaten) Seenotrettung und darüber hinaus zu einer "[...] menschenwürdigen Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten, [...] [kommt]" (Seebrücke 2019). Das Motto lautet hierbei: "Weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen" (ebd.). Aktivistinnen und Aktivisten der Kampagne versuchen über lokale Aktionen die jeweiligen Kommunen dazu zu bewegen sich als "sicheren Hafen" zu erklären. Die jeweiligen Städte sollen sich solidarisch mit den Zielen der Seebrücke erklären, diese auch öffentlich unterstützen und darüber hinaus eine Erklärung dahingehend abgeben, dass eine Bereitschaft bestehe, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als dies die Verteilungsquoten vorsehen (vgl. Seebrücke 2019b, S.1). Daneben wird eine Übernahme von Patenschaften und finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungsschiffe durch die Kommunen gefordert

(vgl. ebd.). Außerdem sollen sich die Kommunen an übergeordnete Verwaltungsorgane wenden und dort eine Anpassung rechtlicher und verwaltungstechnischer Rahmenbedingungen zur einfacheren und direkteren Aufnahme von Geflüchteten einfordern und sich dabei auch mit weiteren "sicheren Häfen" deutschland- und europaweit vernetzen (vgl. ebd., S. 2).

Zur Seenotrettung als solche

Die Argumentation der Aktivistinnen und Aktivisten, welche „sichere Häfen“ in Form von Städten in Deutschland und Europa einfordern, basiert vor allem auf dem Verweis, dass es seenotrechtlich die Pflicht eines jeden Kapitäns ist, Schiffbrüchigen zu Hilfe zu eilen und die in Not Geratenen zu einem „sicheren Hafen“ zu bringen. Die Pflicht Schiffbrüchigen Hilfe zu leisten ist in allen zentralen internationalen Übereinkommen zur Seenotrettung[1] festgehalten und gilt sowohl für staatliche, wie auch für private Schiffe (vgl. Wissenschaftlicher Dienst, Deutscher Bundestag 2017, S.2). Hinsichtlich der konkreten Art der Hilfeleistung gibt es einen teilweise großen Ermessensspielraum, so ist beispielsweise von einem „sicheren Ort“, an welchen die Geretteten gebracht werden müssen, die Rede, wobei dieser nicht unbedingt ein „sicherer Hafen“ sein muss, sondern auch das Rettungsschiff an sich kann ein sicherer Ort in diesem Sinne sein – eine Pflicht die Geretteten an den nächsten sicheren Hafen zu bringen bestehe nach dem geltenden Seevölkerrecht nicht, so der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages (vgl. ebd., S.2-3). Zentral sei hier die Einschätzung des Kapitäns: Bringt er, als Kapitän eines Staatsschiffs, jedoch die Schiffsbrüchigen in einen fremden Hafen, so gilt das „Refoulment-Verbot“, wonach Staaten Geflüchtete nach Genfer Konvention nicht in Länder zurück- oder ausweisen dürfen, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht sind (vgl. ebd., S. 3). Hier wäre dann von Seiten des Kapitäns ein entsprechender Hafen auszuwählen. Das „Refoulment-Verbot“ gilt momentan nur für staatliche Schiffe, eine Ausdehnung auf private Schiffe ist bislang noch nicht abschließend geklärt (vgl. ebd., S.4). Hier bedarf es juristischer Klärungen und entsprechender internationaler Vereinbarungen.

Rezeption der "Seebrücke" / des "sicheren Hafens"

Seit der Gründung der "Seebrücke" haben sich 47 Städte in Deutschland als "sichere Häfen" erklärt (vgl. Seebrücke 2019c). Sich als Kommune als "sicherer Hafen" zu bezeichnen hat primär einen symbolischen Charakter für die involvierten Verantwortlichen: So sieht beispielsweise der Freiburger Oberbürgermeister, Martin Horn, den der Beitritt der Stadt Freiburg zu den "sicheren Häfen" als eine Solidaritätsbekundung gegenüber den Geflüchteten und als ein "klares Zeichen der Menschlichkeit", wenngleich diese Bekundung nicht bedeute, direkt mehr Geflüchtete aufzunehmen (vgl. SWR 2018). Andere Städte, wie beispielsweise Hamburg oder Osnabrück sehen in ihrer Selbstbezeichnung als "sicherer Hafen" aber nicht nur ein symbolisches Bekenntnis, sondern möchten mehr Geflüchtete aufnehmen und richten sich mit ihrem Anliegen direkt an die Bundesregierung (vgl. Dorn 2019; Fischer 2018).

[1] SOLAS (1974), SAR (1979), SRÜ (2004).

Fazit

Die Kampagne stellt einen „Bottom-Up-Ansatz“ dar, wie sich in den Selbstbeschreibungen, wie auch in den Schilderungen der Vertreter der Städte, die sich als „sicheren Hafen“ erklärt haben, zeigt: Es wird versucht durch Erklärungen auf unteren Verwaltungsebenen des Staates Einfluss und Druck auf übergeordnete Instanzen auszuüben. Die Erklärung als Stadt, als „sicherer Hafen“, schiffsbrüchige Geflüchtete aufzunehmen, hat damit zunächst nur einen politischen Charakter, liegt die Entscheidung über Aufnahme und Zuteilung von Geflüchteten nicht bei den kommunalen Verantwortlichen, sondern auf Landes- und Bundesebene. Hier sind diverse nationale, wie internationale Rahmenbedingungen anzupassen, wenn die Betitelung "sicherer Hafen" für eine Stadt mehr sein soll, als eine politische Solidaritätsbekundung. Denn wie sich zeigt, sind selbst Fragen der Seenotrettung bislang nicht abschließend geklärt und auch die Verteilung der Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union ist momentan noch Gegenstand intensiver politischer Debatten. Sich als Gemeinde der beschriebenen Kampagne anzuschließen bedeutet damit für den Moment, sich in die politische Debatte rund um das Thema Flucht und Seenotrettung aktiv einzuschalten und dabei eine offene Haltung gegenüber Geflüchteten zu kommunizieren.

Position der Stadtverwaltung

Das Thema Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist in der Stadt Rheinfelden tief verwurzelt. Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt haben selbst einen Migrationshintergrund und viele zivilgesellschaftliche Initiativen und Gruppen setzen sich, ebenso wie die Stadtverwaltung, für ein offenes und integratives Miteinander ein. Ebenso ist die Stadt Rheinfelden seit über 25 Jahren Standortgemeinde einer Gemeinschaftsunterkunft und leistet diesbezüglich seither intensive und hochengagierte Integrationsarbeit: Die Stadt Rheinfelden nimmt beispielsweise tatsächlich mehr Geflüchtete auf, als die Verteilungsquoten dies verlangen. Mit dem Wissen um die Notwendigkeit diesen Weg weiter zu bestreiten, erarbeitet die Stadtverwaltung unter Beteiligung der Bevölkerung darüber hinaus ein Konzept für Integration und Teilhabe. Mit diesem Konzept verpflichtet sich die Stadt Rheinfelden auch zukünftig mit zahlreichen Maßnahmen eine gelingende Integrationsarbeit zu leisten.

Die Stadt Rheinfelden konzentriert sich auf konkrete Integrationsmaßnahmen, welche sich auf kommunaler Ebene verwirklichen lassen. Die Seenotrettung sowie die Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten sind Gegenstand internationaler politischer Vereinbarungen, die im Falle des Mittelmeers zunächst auf europäischer Ebene getroffen werden müssen, um dann auf Bundesebene behandelt zu werden.

Gleichwohl sieht die Stadtverwaltung die existentielle Not der in Seenot geratenen Geflüchteten und appelliert an die Verantwortlichen eine europäische Lösung zu finden. Als Kommune tut die Stadt Rheinfelden unter hohen Anstrengungen ihr Möglichstes für eine gelingende Integration, sodass darüber hinaus keine Notwendigkeit der Kampagne beizutreten besteht.

Quellen

Dorn, Sandra (2019): "Osnabrück will Mittelmeer-Flüchtlinge aufnehmen - und darf nicht", Osnabrücker Zeitung, 03.01.2019, Online unter: https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/1622903/osnabrueck-will-mittelmeer-fluechtlinge-aufnehmen-und-darf-nicht (letzter Zugriff: 01.02.2019).

Fischer, Martin (2018): "Hamburg fordert Bundesregierung zum Handeln auf, Hamburger Abendblatt, 26.09.2018, Online unter: https://www.abendblatt.de/hamburg/article215421141/Hamburg-soll-sicherer-Hafen-fuer-Fluechtlinge-sein.html (letzter Zugriff: 01.02.2019).

Mensch Mensch Mensch e.V. (2019): "Projekte und Kampagnen", Website von Mensch Mensch Mensch e.V., Online unter: http://menschmenschmensch.de/ (letzter Zugriff: 31.01.2019).

Seebrücke (2019a): "Hintergrund der Seebrücke", Website der Seebrücke, Online unter: https://seebruecke.org/ (letzter Zugriff: 01.02.2019).

Seebrücke (2019b): "Forderungen - sicherer Hafen", Online unter: https://seebruecke.org/wp-content/uploads/2019/01/Forderungen-Sicherer-Hafen.pdf (letzter Zugriff: 01.02.2019).

Seebrücke (2019c): "Sichere Häfen in Deutschland", Website der Seebrücke, Online unter: https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/ (letzter Zugriff: 08.03.2019).

SWR (2018): "Horn will Aufnahme von Bootsflüchtlingen unterstützen", SWR Aktuell online, Online unter: https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/BW-Initiative-fuer-afrikanische-Bootsfluechtlinge-Freiburgser-OB-Horn-setzt-Zeichen-fuer-Menschlickeit,freiburger-ob-will-initiative-fuer-bootsfluechtlinge-100.html (letzter Zugriff: 01.02.2019).

Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag (2017): „Inhalt der völkerrechtlichen Verpflichtung zur Seenotrettung“, WD 2–3000-106/17, 20.11.2017, Online unter: https://www.bundestag.de/blob/535236/262c8b171d4d88f9710a25df757194b5/wd-2-106-17-pdf-data.pdf (letzter Zugriff: 04.02.2017).